

Hansestadt Lüneburg

LÜNEBURG

Bürger*innenbeteiligung zum Bebauungsverfahren

„Am Wienebütteler Weg“

Bürgergutachten





Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Metropolen Deutschlands und Europas stehen vor neuen Herausforderungen. Vor allem der Zuzug in die attraktiven Großstädte erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt. Dies bekommt auch die Hansestadt Lüneburg zu spüren, die im Sog Hamburgs mit dem angespannten Immobilienmarkt zu kämpfen hat.

Die Stadt hat daher vor rund zwei Jahren mit der Arbeit an einem konkreten Konzept für ein Wohnungsbauprogramm begonnen. Im Rat hat man darüber ebenfalls diskutiert und ist zu dem Schluss gekommen, dass in den nächsten fünf Jahren rund 2.100 Wohnungen neu entstehen sollen. Daraufhin wurden Flächen identifiziert, auf denen der Wohnungsbau ermöglicht werden kann. Darunter ist auch die Fläche „Am Wienebütteler Weg“. Diese Fläche ist besonders, weil das Grundstück zu 100 Prozent der Stadt gehört und diese die Fläche auch entwickeln und vermarkten kann. Hierzu gehört auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Externe Gutachterinnen und Gutachter haben die Fläche bereits untersucht. Aus stadtklimatischer und naturökologischer Sicht steht einer Bebauung nichts im Wege. Nachverdichtung – wo auch immer sie realisiert wird – führt aber zu Herausforderungen. Es entsteht in der Regel mehr Verkehr, die sozialen Infrastrukturen wie Kindergärten und Schulen müssen angepasst werden und Ausgleich für verlorene Grün- und Freiflächen gefunden werden. Vor allem für die angrenzenden Bürgerinnen und Bürger bedeutet das einiges an Veränderungen. Dies nehmen wir ernst.

Wir haben daher noch weit vor den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungsverfahren ein extern moderiertes Informations- und Beteiligungsverfahren initiiert, das die Belange, Ideen, Sorgen, Anregungen und Kritik der Bürgerinnen und Bürger strukturiert aufnehmen soll.

Ziel war ein sogenanntes Bürgergutachten, das wir Ihnen hiermit vorlegen. Dies ist dabei vor allem die Summe der Protokolle der einzelnen Veranstaltungen. Wir haben bewusst darauf verzichtet, nur ein Ergebnis-Destillat aus den verschiedenen Diskussionsprozessen zu kreieren (eine kurze Zusammenfassung gibt aber einen Überblick über die Vielfältigkeit der diskutierten Themen und soll den Einstieg erleichtern). Die Differenziertheit der Diskussions- und Aushandlungsprozesse, aber auch die mitunter gegebene Widersprüchlichkeit der Forderungen und Anregungen wäre dabei verloren gegangen.

So kann sich die Politik – und können Sie sich – ein eindrückliches Bild des Kommunikationsprozesses machen. Sie werden sehen, dass das Ringen um die beste Lösung nicht nur im Rat ein schwieriges Unterfangen ist.

Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsverfahren dienen zukünftig nicht nur der Verwaltung als Planungsgrundlage und -leitfaden, sondern soll vor allem den Politikerinnen und Politikern, die über das weitere Vorgehen entscheiden müssen, eine Hilfe sein, indem es die Stimmungen in der Bevölkerung wiedergibt und die zahlreichen Anregungen sammelt.

Sicherlich kann nicht jede Forderung, Anregung oder Idee umgesetzt werden, und sicherlich wird es auch Entscheidungen geben, die den Einen oder die Andere benachteiligen. Wenn wir aber auf der Grundlage Ihres Diskussionsprozesses in Sachen Bebauungsplan „Am Wienebütteler Weg“ entscheiden, bin ich mir sicher, dass wir einer optimalen Lösung nahe kommen. Und wo dies nicht möglich ist, werden wir über Kompensationsmaßnahmen nachdenken, um die Eingriffe auszugleichen oder zu minimieren.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den mehr als 250 aktiven Bürgerinnen und Bürgern für ihr freiwilliges, ehrenamtliches und teilweise zeitintensives Engagement in dem ca. halbjährigen Beteiligungsprozess. Eine lebendige, diskussionsfreudige und kooperations- wie kompromissbereite Stadtgesellschaft ist die Basis für eine gelebte Demokratie. Die Hansestadt Lüneburg ist auf einem guten Weg!

Ihr Oberbürgermeister

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mil. M...'. The signature is fluid and cursive, written on a light-colored background.



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Lüneburgerinnen und Lüneburger,

„Die Hansestadt Lüneburg ist auf einem guten Weg!“ – das schreibt Ihr Bürgermeister in der vorstehenden Einleitung. Aus Sicht des Organisators und Moderators des Verfahrens kann ich dem nur zustimmen. Ich begleite seit 1993 Kommunikations- und Beteiligungsprozesse in der Stadtentwicklung in ganz Deutschland. Immer wieder konnten dabei meine Kolleg*innen und ich Schwankungen in der Beteiligungskultur beobachten. Mal wurden die Bürger*innen wenig beteiligt, manchmal sehr viel, mitunter aber auch gar nicht. In den letzten Jahren ist die Bürger*innenbeteiligung aber nicht mehr aus einer modernen Stadtentwicklungspolitik wegzudenken. Sie wird oft von Bürger*innen und/oder Initiativen eingefordert. Immer häufiger erkennen aber Politik und Verwaltung, dass die Bürger*innen als „Expert*innen vor Ort“ wichtige Kenntnisse, Ideen, Anregungen oder auch Kritik in den Planungsprozess einbringen können. Auch durch wissenschaftliche Auswertungen von Beteiligungsverfahren konnte nachgewiesen werden, dass die Planungen dadurch besser, präziser, oft kostengünstiger und von den Bürger*innen akzeptierter werden. Nicht selten können sie auch schneller durchgeführt werden, da zeitaufwändige Einsprüche durch frühe Mitgestaltung verhindert werden.

Die Hansestadt Lüneburg hat sich entschieden, bei den Planungen zum Quartier „Am Wienebütteler Weg“, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig – also noch vor dem Start des eigentlichen Bebauungsplanverfahrens – in die Gestaltung einzubinden. Dies ist vorbildlich. Die Stadt stellte somit sehr frühzeitig ein Beteiligungsangebot zur Verfügung, in dem alle Interessierten Gelegenheit hatten, sich einzubringen.

Dies produziert aber auch Kosten und ist personal- und zeitintensiv. Die Vor- und Nachbereitungen verlangen von den Mitarbeiter*innen der Verwaltung Engagement neben den üblichen Arbeiten und Arbeitszeiten. Die Veranstaltungen waren abends oder an Freitagnachmittagen. Dass in der Vorbereitung in der Durchführung dennoch alles reibungslos verlief, dafür bedanke ich mich für die sehr gute Zusammenarbeit bei der – aus meiner Sicht – sehr professionell arbeitenden Verwaltung.

Als Unterstützung für die Hansestadt Lüneburg war meine Aufgabe im Verfahren – neben der technischen Organisation und der Moderation der Veranstaltungen – das Erstellen einer „Beteiligungsarchitektur“. Dies ist im Kern die Klärung der Frage, wann (Ablauf) wer (Zielgruppen) wie (mit welchen Methoden) beteiligt werden soll. Dies geschieht in der Regel in Abstimmung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer eines Beteiligungsverfahrens. Im vorliegenden Fall hatten wir uns dazu entschieden, zukünftige Beteiligte bei der Planung des Verfahrens einzubinden.

Es galt, einen ausgewogenen, möglichst viele Menschen ansprechenden, transparenten und dennoch zeitlich überschaubaren Beteiligungsprozess zu gestalten. Dabei waren auch die Kosten im Blick zu halten. Die Gruppe hat sich für eine Mischung aus Information, Vertiefung und abschließender Bewertung entschieden.

Die Veranstaltungen wurden von den Bürger*innen sehr gut angenommen. Insgesamt haben sich rund 250 unterschiedliche Personen in den verschiedenen Veranstaltungen eingebracht.

Die Ergebnisse liegen nun als sog. „Bürgergutachten“ vor. Im Vergleich zu ähnlichen Verfahren in anderen Städten war ich von der Vielzahl der eingebrachten Ideen und Anregungen, aber auch von den zum Teil bereits sehr ausgearbeiteten Vorschlägen beeindruckt.

Als Moderator bin ich nicht für die Bewertung der (umfangreichen) Ergebnisse verantwortlich. Diese haben die Bürger*innen erarbeitet und müssen nun von Politik und Verwaltung auf Umsetzungsfähigkeit geprüft werden. Da manche Vorschläge, Ideen, Anregungen etc. sich aber widersprechen, müssen Politik und Verwaltung abwägen. Damit werden die einen oder anderen vorgebrachten Ideen, Inhalte oder Konzepte unter den Tisch fallen. Dies ist ein üblicher Aspekt bei Planungsprozessen und kaum vermeidbar. Dennoch empfehle ich der Politik und der Verwaltung sehr, transparent zu begründen, welche Punkte warum nicht umgesetzt werden können. Dies vermeidet Frustrationen bei den Beteiligten und schafft durch die Transparenz Vertrauen und erleichtert somit den Weg in zukünftige Beteiligungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Markus Birzer". The signature is fluid and cursive, with the first letter 'M' being particularly large and stylized.

Markus Birzer

Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer, Hamburg

Zusammenfassung

Das Verfahren

Das bisherige Bürgerbeteiligungsverfahren war den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungsverfahren im Bebauungsplanverfahren vorgeschaltet. Um den Beteiligungsprozess so professionell wie möglich zu gestalten, wurde ein externer Moderator eingeschaltet, der den Prozess unvoreingenommen begleitet hat. Der Beteiligungsprozess folgte dem Wechsel aus Information und Beteiligung. So wurden zu Beginn des Verfahrens die Bürgerinnen und Bürger in einer **Informationsveranstaltung** am 30. November 2016 über den vorgesehenen Planungsprozess, erste vorliegende Gutachten sowie handelnde Personen informiert. Über diese Veranstaltung wurde – wie bei allen weiteren Veranstaltungen – ein ausführliches Protokoll angefertigt, das – wie alle weiteren Informationen, Gutachten und Protokolle – auf der Internetseite der Hansestadt Lüneburg veröffentlicht wurde. Zu der Informationsveranstaltung war durch Plakate und Medienberichterstattung eingeladen worden. Dieser Einladung folgten rund 120 Personen.

Die folgenden Beteiligungselemente wurden im Dezember 2016 mit Anwohnerinnen und Anwohnern, Initiativ-Vertretern, dem NABU sowie Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern geplant, um den Beteiligungsprozess so zielgerichtet wie möglich zu organisieren. Man entschloss sich dabei zu einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt sollten in Fokusgruppen spezielle Themen bearbeitet werden. Im zweiten Schritt sollten die Ergebnisse aus diesen Verfahrensschritten zusammengefügt, gesichtet, ergänzt und bewertet werden.

Gestartet wurde am 20.01.2017 von 17.00 bis 20.00 Uhr mit einer **Fokusgruppe** zu quartiers- und umweltbezogenen Themen. Diskutiert wurden die städtebauliche Anordnung, Fragen der Architektur, der Freiraumplanung, des Lärmschutzes sowie der sozialen Infrastruktur. Gutachten zu Umweltfragen konnten ebenfalls eingesehen und besprochen werden. Anwesend waren etwa 80 Personen.

In einer zweiten **Fokusgruppe** stand das Thema „Verkehr“ auf dem Programm. Die Sitzung fand am 10.02.2017, ebenfalls von 17.00 bis 20.00 Uhr, statt. Behandelt wurden Erschließungsfragen ebenso wie der Umgang mit dem fließenden und ruhenden Verkehr, dem ÖPNV sowie die Fußgänger-, Fahrrad- und Elektromobilität. Die Frage der Verkehrsvermeidung für umliegende Quartiere interessierte dabei vornehmlich die Anwohnerinnen und Anwohner. Es haben rund 80 Personen teilgenommen.

Die Ergebnisse der beiden Fokusgruppensitzungen wurden in einer – den Beteiligungsprozess vorerst abschließenden – **Planungswerkstatt** am 01.04.2017 zusammengetragen, ergänzt und bewertet. Ziel war eine Art „Bürgergutachten“, aus dem hervorgeht, welche Ideen, Vorschläge, Anregungen den Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig sind. Es waren rund 80 Personen anwesend.

Bei allen Veranstaltungen standen Expert*innen und Gutachter*innen den Bürgerinnen und Bürgern zur Seite.

Die Themen

Erwartungsgemäß stand vor allem das Thema Verkehr bei allen Veranstaltungen im Vordergrund. Vor allem der fließende und ruhende Verkehr durch die angrenzenden Quartiere, aber auch die Anbindung mittels Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) wurden diskutiert.

Es gab aber eine Vielzahl weiterer Themen, die angesprochen worden waren. Darunter selbstverständlich auch die künftige Entwicklung des neuen Quartiers. Befördert wurden diese Diskussionen durch die Teilnahme von interessierten Baugruppen, die in dem neuen Gebiet besonders gefördert werden sollen.

Darüber hinaus kamen aber auch vereinzelt Themen zur Sprache, die übergeordnete Aspekte betrafen.

Die folgende Übersicht über die angesprochenen Themen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll eher dazu anregen, die einzelnen Protokolle der verschiedenen Veranstaltungen auf diejenigen Themen hin zu durchforsten, die den Lesenden ein Anliegen sind.

Bei der Aufstellung handelt es sich in erster Linie um Themen, die von den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern eingebracht worden sind. Dennoch finden sich sicherlich auch Anliegen der Verwaltung wieder, da mitunter nicht erkennbar war oder ist, wer Initiator eines Gedanken war.

Die Sortierung folgt dem Verlauf der Diskussionen, angefangen in der Informationsveranstaltung bis hin zu der Planungswerkstatt und hat keine gewichtende Absicht.

In *kursiven* Stichworten sind bei den Themen oder Unterthemen zur besseren Verständlichkeit Anhaltspunkte für den Themeninhalt gegeben.

Zu manchen Themen gab es bereits konkrete Verortungen (z.B. „Zebrastreifen am Kreisel“...). Diese konkreten Hinweise sind hier nur verallgemeinert dargestellt.

Natur

- Grüngürtel West
- Erweiterte Festsetzungen für das Gebiet (z.B. Dachbegrünung, Ökostrom)
- Nachhaltigkeit (*ausreichend Parkmöglichkeiten für Umweltverbund, Verknappung und Verteuerung von Parkraum, Ladesäuleninfrastruktur, Energiekonzept*)
- geringe Versiegelung
- Obstbaumallee
- Ausgleichsflächen in der Nähe
- Gemeinschaftsflächen

Stadtentwicklung

- Autofreies/Autoarmes Wohnen (*Quartiersgarage, Autostellplatzschlüssel 0,4*)
- Flächenverbrauch (*Gebäudegröße und -nutzung, Verdichtung*)
- Sozialer Wohnungsbau (*Mietpreisbindung, Ghettobildung*)
- Lärmschutz (*Gutachten, Lärmschutzwall*)
- Aufenthaltsqualität für Wohnstraßen
- Blockrandbebauung
- Häuser mit Hinterhöfen
- Vor- und Nachteile von verschiedenen Erschließungsvarianten

Bauen/Architektur

- Bau- und Wohngruppen

- Soziales Quartierszentrum (*Gemeinschaftsräume, Werkstatt, Fahrradwerkstatt, Stadtteilhaus, Gemeinschaftsgärten, gemeinsame Spielgärten, Café, Kneipen, Tante-Emma-Laden, Bioladen, zentrale Begegnungszonen*)
- Gestaltungsvorgaben vs. individuelle Gestaltung
- Freiraum mit Bewohnern planen
- Mehrgenerationenwohnen
- Genossenschaften

Verkehr

- Gesamtverkehrskonzept für Lüneburg
- Geschwindigkeitsbegrenzungen (*Tempo 30*)
- Verkehrsberuhigung(en) (*Tempo 30, bauliche Veränderungen, Shared Space, Verkehrskontrollen, Einungen, Parktaschen, geschwindigkeitssensitive Ampeln, Fahrrad-Pictogramme*)
- Fahrradstraße(n) (*z.B. Richtung Reppenstedt, Fahrradschnellstraße*)
- ÖPNV (*verschiedene Varianten der ÖPNV-Führung, Taktung, Tarifgestaltung, Bushaltestelle(n), Anbindung Wienebütteler Weg, Hybridbusse, leise Busse, Mobilitätsstationen, Emissionsvermeidung,)*)
- Nordanbindung an die Autobahn
- Neue Straßen wegen Überlastung (*Vergrößerung PKL, Sportpark, Berücksichtigung der Bauaktivitäten in den umliegenden Gemeinden, Brockwinkler Weg zu schmal für alle Verkehrsteilnehmer, schlechte Straßenqualität*)
- Verkehrsanbindung des Quartiers (*äußere Erschließung, kein Durchgangsverkehr*)
- Verträgliche verkehrliche Erschließung im/des Quartier/s (*Öffnung Bernsteinbrücke*)
- Solidarische Verteilung der Verkehrsbelastung (*Ebelingweg für Autos öffnen, K21 mit Ochtmisser Kirchsteig verbinden*)
- Elektromobilität
- Fahrradmobilität (*Radwegeverbesserung, Fahrradabstellplätze, Leihfahrräder, Fahrradwege in die Stadt, Elektroladestationen, Schnellladestationen, sichere Routen für Schüler und in die Innenstadt*)
- Fußgängerverkehr (*Schulwege, Schülerlotsen, Beleuchtung, Gehwege in schlechter Qualität, Fußgängerüberwege, Fahrradstreifen*)
- Kostenbeteiligung der Anwohner*innen bei Ausbau von Straßen
- Innere Erschließung (*Ringweg, kein Individualverkehr im Quartier, solidarische Verkehrsverteilung, privates und gewerbliches Car-Sharing, Park and Ride-Parkplätze, Erhöhung Parkgebühren, autofreies Wohnen*)
- Umgehungsstraße West/Westtangente
- Ruhender Verkehr (*Parkplätze neu ordnen, Tiefgarage, Doppelstockparken, Behindertenparkplätze, Quartiersgaragen*)
- Verkehrsvermeidung

Ausgewählte einzelne Ergebnisse

Wie bereits im Vorwort des Oberbürgermeisters nachzulesen, sollen an dieser Stelle keine zusammenfassenden oder gar abstrahierende Texte die umfangreichen und teils auch kontroversen Diskussionen auf wenige Seiten reduzieren. Der geneigte Leser oder die geneigte Leserin möge sich selbstständig ein Bild des Beteiligungsprozesses machen können. Die Dokumentationen und Protokollierungen der stattgefundenen Veranstaltungen sollen das vielfältige Bild des Verfahrens wiedergeben – wenngleich auch sie sicherlich Verkürzungen des gesamten sind, da nicht jede Arbeitsgruppendifkussion im Wortlaut wiedergeben werden kann oder soll. Die Bürgerinnen wurden jedoch immer aufgefordert, möglichst viele Punkte zu verschriftlichen, um die Diskussionen transparent zu dokumentieren.

Dennoch sollen an dieser Stelle einige wenige eindeutige Ergebnisse dargestellt werden. Denn in der abschließenden Planungswerkstatt wurden zum Ende hin die Teilnehmenden gebeten, diejenigen Themen zu bepunkten, die Ihnen am meisten am Herzen liegen. Ein Thema konnten die Teilnehmenden mit einem Sonderpunkt als ihren „Favoriten“ kennzeichnen. Außerdem wurden seitens der Verwaltung Fragen an die Bürgerinnen und Bürger gestellt. Wir haben zudem die Punkte derer gekennzeichnet, die sich nach eigenen Aussagen vorstellen können, später in dem Gebiet zu wohnen. Sie sind die „potentiellen Bewohner*innen“.

Bei der Auswertung zeigte sich, dass einige Punkte von der Mehrzahl der an diesem Tag vertretenden Bürgerinnen und Bürger recht eindeutig gesehen wurden. Man sollte jedoch bedenken, dass es sich bei den Personen, die ihre Stimme abgegeben haben, um eine Zufallsauswahl der Personen handelt, die eben an diesem Tag Zeit und Lust hatten, sich zu engagieren. Es kann also nicht von einem *Abstimmungsergebnis* gesprochen werden. Vielmehr handelt es sich um *Tendenzen* für das eine oder andere.

Diese Punkte waren jedoch auffällig:

Trend zur Nutzung von Gemeinschaftsangeboten bei der Mobilität

Wie gesamtgesellschaftliche Untersuchungen zeigen, geht der Trend durchaus zur gemeinschaftlichen Nutzung von Fahrzeugen. Dies gilt für PKW genauso wie für Fahrräder. Car-Sharing-Angebote, Stadtrad-Stationen und Angebote wie „car2go“ sind im Aufwind. So anscheinend auch in Lüneburg. Gefragt danach, ob sie Car-Sharing-Angebote nutzen würden, bestätigten dies bei der Planungswerkstatt 45 Personen (ca. 79 %). Nur sieben Personen (ca. 12 %) lehnen das ab. Beim Fahrradverleih waren dies gar 58 Stimmen (ca. 80 %) dafür, nur 15 Personen (ca. 20 %) lehnen das ab. 35 Personen (ca. 66 %) würden zudem gemeinsame E-Ladestationen nutzen. Nur Wenige sind gegenwärtig Nutzer solcher Angebote.

Äußere Erschließung ausschließlich über den Wienebütteler Weg

Von 52 abgegebenen Präferenzen fielen 35 Stimmen (ca. 67 %) für eine äußere Erschließung ausschließlich über den Wienebütteler Weg. Weniger als die Hälfte der Stimmen (16 / 31 %) erhielt die Variante, die eine Erschließung über den Brockwinkler Weg und über den Wienebütteler Weg ohne Durchfahrtsmöglichkeit für PKW/LKW, d.h. eine hälftige Teilung des Gebietes, vorsieht. Lediglich eine Stimme erhielt die Variante mit der Erschließung ausschließlich über den Brockwinkler Weg.

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung erwünscht

112 Punkte (ca. 98 %) wurden abgegeben für die Einführung eines Tempo 30- Streckenabschnittes im östlichen Teil Am Wienebütteler Weg / Am Mönchsgarten.

Ebenfalls eine sehr deutliche Mehrheit (75 Ja-Stimmen (ca. 98 %), 0 Nein-Stimmen) sprach sich für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung am westlichen Ortseingang aus.

Wenn man sich entscheiden sollte, ob Shared Space oder Tempo 30 im neuen Quartier vorherrschen sollen, wollen zwei Drittel erstere Variante, ein Drittel Tempo 30.

Insgesamt wurde das Thema Verkehrsberuhigung sehr häufig auch bei den geschriebenen Karten angesprochen. Diese wurden nicht ausgezählt, aber es gab sehr viele konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation an verschiedenen Stellen rund um das geplante Quartier.

Quartiersgaragen statt individuellem Parken

Mehr als zwei Drittel (71) der abgegebenen Stimmen befürworteten eine Quartiersgarage oder Sammelparkplätze im neuen Quartier. Eher individuelles Parken wollen 22 Personen (ca. 21 %, davon vergleichsweise viele potentielle Bewohner*innen). Dabei soll diese nach der Mehrheit der Stimmen nicht weiter als 250 Meter vom Wohnstandort entfernt sein.

Freie Gestaltung vs. Vorgaben

Bezüglich der Frage, ob es eine völlig vorgabenfreie Bebauung geben sollte, oder doch eher Gestaltungsvorgaben gemacht werden sollten, wurden in etwa gleich viele Vor- und Nachteile gesammelt, mit Tendenz zur individuellen Gestaltung. Vor allem beim Außenmaterial sprach sich eine Mehrheit für freie Gestaltung aus. Bei der Dachfarbe könnte man sich eher auf rot-grau-braun einigen. Bei der Dachform gewinnen knapp Tonnendach/Zeltdach/Pultdach. Bei der Gestaltung des Gartens ist man sich eher einig, dass dieser frei gestaltet werden sollte.

Anteil sozialer Wohnungsbau

Es wurde auch gefragt, wie hoch der Anteil an sozialem Wohnungsbau in dem neuen Quartier sein sollte. Für 30% stimmten 35 Personen (ca. 68 %), für 40% nur 5 Personen (ca. 7 %), für 60% nur 6 (ca. 8 %) und für 50% immerhin 26 Personen (ca. 36 %). Interessant ist, dass ca. 50 % derjenigen, die sich vorstellen können, später in dem Gebiet wohnen zu wollen, die 30%-Marke bevorzugen. Bei den 26 Stimmen für die 50% sozialen Wohnungsbau waren nur zwei potentielle Bewohner*innen.

Baugemeinschaften bevorzugen

Bei der Frage, ob Baugemeinschaften bei der Vergabe von Grundstücken bevorzugt werden sollen, antworteten 50 Personen (ca. 79 %) mit „Ja“. Darunter waren lediglich 9 potentielle Bewohner*innen. Aber für die Antwort wurden 13 „Favoriten-Punkte“ vergeben. Mit „Nein“ stimmten lediglich acht Personen (ca. 13 %).

Ein Label für das Quartier?

Bei der Frage, ob eine Besonderheit für das Neubaugebiet in den Vordergrund gestellt werden soll – ob also das Quartier ein „Label“ erhalten soll bzw. welches – war man sich nicht einig. Eine Tendenz geht in Richtung „Öko-Quartier“ mit 28 Stimmen (ca. 32 %), gefolgt von „Autoarmes Wohnen“ (20 Stimmen plus 4 Favoriten / ca. 23 %) und „Bezahlbares Wohnen“ (17 Stimmen / ca. 15 %).

Gemeinsames Energiekonzept

Ein gemeinsames Energiekonzept (mit ggf. Anschluss- und Benutzungszwang) befürworteten 53 Personen (ca. 91 %). Nur 5 Personen lehnen das ab.

(Soziales) Quartierszentrum

Es gab unter den Teilnehmenden der Planungswerkstatt – aber auch in den vorangegangenen Veranstaltungen – durchaus viele Sympathien für soziale Projekte, einen gemeinsamen Quartiersplatz, ein Stadtteilhaus, ein Café, gemeinsam nutzbare Werkstätten oder andere Gemeinschaftsräume. Die Fragen nach Finanzierung und Betrieb derartiger Modelle (ausgenommen Quartiersplatz) wurde aber durchaus kritisch gestellt. Der Wunsch nach Gemeinschaft und/oder stabiler Nachbarschaft scheint aber vorhanden zu sein.

Innere Erschließung: Keine Eindeutigkeiten

Für die innere Erschließung stellte die Verwaltung ebenfalls vier Varianten vor. Es wurden zu den jeweiligen Varianten zahlreiche Vor- und Nachteile gesammelt, die abgewogen werden müssen. Die Variante 3 (Doppelte Ringerschließung) hat bei keinem einzigen Teilnehmenden Zustimmung gefunden und scheidet daher vermutlich aus. Für die Variante 1 („Vorplanung“) und die Variante 4 („Ringerschließung als Rechteck“) gab es jeweils 22 Stimmen (je ca. 35 %). Aber auch die Antwortmöglichkeit „Keine dieser Varianten“ erhielt noch 6 Stimmen (ca. 10 %). Eventuell muss hier die Detailplanung überzeugendere Lösungen bieten.

ÖPNV-Erschließung indifferent

Auch bei den vorgestellten Varianten der ÖPNV-Erschließung konnte keine Variante deutlich gewinnen. Selbst von den Teilnehmenden präsentierte Varianten fanden keine eindeutige Zustimmung. Eine leichte Tendenz mit Zustimmung vergleichsweise sehr vieler potentieller Bewohner*innen ging in Richtung Variante 3 (stündlich alternierend über den Brockwinckler Weg (mit neuer Haltestelle) bzw. auf der bisherigen Route über den Wienebütteler Weg (Haltestelle Tennisplatz).) Hierfür stimmten ca. 37 % (25 Stimmen). Es folgte mit 23 % Variante 2 (veränderte 5009 halbstündlich in beiden Richtungen über den Brockwinckler Weg und durch das Neubaugebiet mit neuen Haltestellen). Auch hier scheint die Detailplanung zu einem fortgeschrittenem Stadium nötig zu sein.

Anlagen:

- Protokoll Planungswerkstatt, 7.04.2017
- Protokoll Fokusgruppe 2, 17.02.2017
- Protokoll Fokusgruppe 1, 20.01.2017